



Spurensuche in Thüringen

Zwischen Wartburg und Weimar

Neben den Klassiker unserer Studienreisen nach Berlin reiht sich nun eine Fahrt in das einstige Stamm-land der Reformation und der deutschen Klassik – Thüringen. Das Land im Herzen Deutschlands ist durch unterschiedliche politische, kulturelle und historische Erfahrungen geprägt. Nicht zuletzt ist es die Geburtsstätte der Sozialdemokratie. Thüringen war im 19. Jahrhundert eine politische Hochburg der Arbeiterbewegung. Hier vereinigten sich 1875 die beiden Arbeiterparteien zu einer kampfstarken Interessenvertretung.

Begleitet von Dr. Wolfgang Schenk (Theologe) führt die historisch-politische Spurensuche von den Wirkungsstätten der Reformation und Luthers in Eisenach hin zu denen der frühen Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie. Der Bogen spannt sich weiter von der Weimarer Republik und der Zeit des Nationalsozialismus bis zum Aufbruch in die Demokratie seit 1989.

Das Programm mit Besichtigungen, Führungen und Diskussionen stellt ein Bildungserlebnis der besonderen Art dar: „Man könnte dies alles sicher auch in Vorträgen abhandeln, aber direkt an den Stätten geschichtlicher Entwicklung zu stehen, das Umfeld kennen zu lernen und mit den Menschen vor Ort in Kontakt zu kommen, macht den großen und wohl auch entscheidenden Unterschied aus“ so Brigitte Schubert aus Dresden, Teilnehmerin der ersten Studienfahrt nach Thüringen.

Ob in Eisenach, Gotha, Erfurt oder Weimar, überall ist der Geist und die Geschichte dieses bewegten Landes zu spüren. Lernen Sie die vielfältigen Seiten Thüringens auf den Studienfahrten im Mai, Juli oder September 2005 kennen. Weitere Informationen zum Programm und zur Anmeldung gibt es auf Seite 8.



Zur ersten Thüringenfahrt.
Dr. Wolfgang Schenk im Gespräch auf der Wartburg.

DAS ZITAT

„Ich möchte gern mal wirklich Geschichten erzählen. (...) Und davon gibt es natürlich in so einem Leben nicht wenig – Ernstes und weniger Ernstes, Schlimmes, Gutes, Schönes und auch viel Gegenteil vom Schönen. Man kommt natürlich leicht in Versuchung, dabei Lehren ziehen zu wollen. Wenn man es für sich selber tut, ist es auch in Ordnung. Wenn man es für andere zu tun versucht, muß man zur Ordnung gerufen werden. Das ist dann auch in der Ordnung.“
(Herbert Wehner, 1966 beim CVJM Wuppertal)

Editorial

Seit der Wahl zum letzten Sächsischen Landtag fragen viele Freunde und Bekannte von außerhalb: „Was ist denn bloß bei euch in Sachsen los?“. Der Grund der Sorgen, die sich viele politisch interessierte Menschen zu Recht machen: Neuerdings sitzen die Rechtsextremen im Landtag. Die politische Landschaft des Freistaats ist bunter geworden, dunkelbunt.

Eine Überraschung ist das nicht. Denn:

- Die NPD hat ihren stärksten Landesverband in Sachsen.
- Schon bei der Bundestagswahl 1998 erzielten rechte Parteien gemeinsam fast 9 Prozent.
- Rechtsextreme Personen, Strukturen und Gedankengut sind in einigen Gegenden und bei vielen – nicht nur jungen – Menschen tief verankert. Schon 1998 ergaben Umfragen, daß 32 Prozent der Ostdeutschen Rechtsaußenparteien für ein notwendiges Gegengewicht zu den anderen Parteien hielten.

Das Herbert-Wehner-Bildungswerk hat damals reagiert und verstärkt Seminare zum Thema Rechtsextremismus angeboten. Seit 2000 fließen regelmäßig mehr als ein Drittel der Seminarmittel in solche Veranstaltungen. An diesen Projekten werden wir weiter arbeiten.

Der ehemalige Ministerpräsident Biedenkopf hat einmal gesagt, die Sachsen seien gegen den Rechtsextremismus immun. Da hat er sich – gelinde gesagt – geirrt. Allerdings ist der Rechtsextremismus kein spezifisch sächsisches oder ostdeutsches Problem. Es schlägt sich anders nieder als im Westen. Die demokratische Kultur Ostdeutschlands ist wesentlich jünger als diejenige Westdeutschlands. Der revolutionär-demokratische Impuls von 1989/90 war vergleichsweise kurzatmig. Wirtschaftswunder und Vollbeschäftigung als demokratiestabilisierende Erfahrungen blieben aus. Die Mitarbeit in Vereinen, Gewerkschaften und Parteien ist hier weniger entwickelt. Die Demokratie braucht Trägerinnen und Träger. Und zwar nicht nur in der „normalen“ Bevölkerung, sondern auch und gerade bei den Inhabern politischer Mandate in den (hier eben gar nicht so) etablierten Parteien. So erklären sich beschämende Vorkommnisse wie die jeweils 2 bis 5 Stimmen aus anderen Fraktionen für NPD-Kandidaten im Sächsischen Landtag. Da gilt es festzuhalten: Jede Stimmabgabe eines Parlamentariers für die demokratiefeindliche NPD schädigt das Ansehen der Demokratie.

Ebenfalls schädlich sind öffentliche Debatten über Nebentätigkeiten von Abgeordneten, über hohe Gehälter von Regierungsangestellten, über dubiose Praktiken der „Politikberatung“. Der Kampf sollte hier nicht der Debatte gelten, sondern den Mißständen. Aber die Gesellschaft muß sich dann auch eine Debatte darüber gefallen lassen, wie qualitativ hochwertiges politisches Personal gewährleistet werden kann und wie Parlamentarier guten Gewissens wieder abgewählt werden können, ohne daß sie dann vor dem beruflichen Nichts stehen.

In der Perspektive der Herausforderung durch die Feinde der Demokratie hat die politische Bildung ihre Aufgabe nicht nur in der unmittelbaren Bekämpfung rechtsextremen Gedankenguts. Hinzu kommt weiterhin und um so mehr die Vermittlung demokratischer Traditionen und Verhaltensweisen, die Ermutigung und Befähigung der Bürgerinnen und Bürger zum Engagement. Die Politik kann dazu viel beitragen, nicht zuletzt durch vorbildliches und sauberes Arbeiten.

Gerhard Jäger



Impressum

Herausgeber:
Herbert-Wehner-Bildungswerk e.V.
Kamenzer Straße 12
01099 Dresden
Telefon (03 51) 80 40 220
Telefax (03 51) 80 40 222
E-mail info@wehnerwerk.de
www.wehnerwerk.de

Redaktion:
Beate Neuber

Gestaltung:
Jochen Stankowski, Dresden
www.atelier-stankowski.de

Info-Verteiler

Der E-Mail-Informationsverteiler des Herbert-Wehner-Bildungswerks mit aktuellen Veranstaltungshinweisen und Informationen kann ganz einfach bezogen werden über www.wehnerwerk.de/kontakt/newsletter.html.

Aus der Bildungsarbeit

Wir sind nicht vereint!

Dr. Heidi Behrens aus Essen hielt am 18. November 2004 in der Umweltbibliothek Dresden einen Vortrag zur Erinnerungskultur in Ost- und Westdeutschland. Ihre Ansicht führte zu einer angeregten Diskussion im Publikum. Dabei ging es u.a. um konkrete alltägliche Begebenheiten und Erlebnisse in Ost und West. Debattiert wurde auch über die Verklärung der Vergangenheit und das Vertauschen der real er- und gelebten Wirklichkeit mit der inszenierten Wirklichkeit der Medien, z.B. im Fall der Ostalgie-Welle.



Moderationswütig bei 35 Grad

Werkstatt politische Bildung

Informationen zum Programm und zur Anmeldung „Werkstatt politische Bildung 2005“ finden Sie unter der Rubrik „Das aktuelle Seminarprogramm 2005“.

Wie jedes Jahr gab es auch 2004 die Werkstatt politische Bildung in Königstein.



Ulla Schmidt zum zweiten Talk im Wehnerwerk

Engagierte und lebhaft Diskussion

Das Ladenlokal des Herbert-Wehner-Bildungswerks war am Montag, den 29. November 2004 prallgefüllt, als die Bundesgesundheitsministerin zum zweiten „Talk im Wehnerwerk“ kam. Moderiert von Dr. Marlies Volkmer, MdB und Claudia Blume vom Herbert-Wehner-Bildungswerk stellte sich Ulla Schmidt persönlichen und beruflichen Fragen sowie Fragen zur Gesundheitsreform. Dabei ging es unter anderem um die Kompetenzen und die Verantwortung von Politikern bei der Durchführung von Reformen, die sensationshungrige Berichterstattung der Medien und das aggressive Auftreten der Pharmaindustrie.

Für sie persönlich sei das vergangene Reformjahr keine leichte Zeit gewesen, räumte die Ministerin ein. Ihr Leben habe sich mit den Anstrengungen um die Gesundheitsreformen verändert. Manchmal sei sie wütend, aber insgesamt glücklich über das Geschaffte. Einen solchen Beruf kann man nicht ohne ein soziales Netz ausfüllen, betonte Frau Schmidt. Die notwendige Unterstützung erhalte sie von ihrer Familie, vor allem von ihren Geschwistern sowie den engen und loyalen Mitarbeitern.



Ulla Schmidt im Wehnerwerk.

Aus dem Publikum kamen konstruktive Vorschläge zur Verbesserung des Gesundheitssystems, etwa der Vorschlag, eine Chipkarte mit wichtigen Daten der Patienten einzuführen, um so die Kosten für Facharztbesuche zu senken. Außerdem solle die Regierung deutlicher machen, welche finanziellen Konsequenzen die Bürgerversicherung im Gegensatz zur Kopfpauschale für Geringverdiener habe. Einige der über 60 Besucher nutzten die Möglichkeit, der Bundesministerin ihre Anliegen direkt vorzutragen, manch einer äußerte auch Wut und Enttäuschung über die Reform. Fazit einer Teilnehmerin: „Politik ist hier erlebbar gewesen.“

Den nächsten „Talk im Wehnerwerk“ mit Marlies Volkmer und Christoph Meyer gibt es am **6. April 2005 um 19 Uhr** in der Kamenzer Str. 12 in Dresden. Gast ist diesmal der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Prof. Dr. Cornelius Weiss.

Die Vergangenheit vergeht nicht

Guido Ambrosino im Wehnerwerk

Der Deutschlandkorrespondent der italienischen Tageszeitung „Il Manifesto“, Guido Ambrosino war am 1. Dezember 2004 im Wehnerwerk. Die von Giostritalia e.V. initiierte und vom Herbert-Wehner-Bildungswerk unterstützte Veranstaltung war gut besucht. Thema des Abends war „Erinnerung und



Verdrängung in Italien und Deutschland“ 60 Jahre nach Kriegsende. In Italien mehrten sich die Versuche - so Ambrosino - das faschistische Regime Mussolinis zu rehabilitieren, zumindest aber zu bagatellisieren. Seit Beginn der 90er Jahre hat der Neofaschismus nach 60 Jahren politischer Isolation wieder Konjunktur. Für diese Tendenz sei die schleichende und mittlerweile offensichtlich gewordene Entpolitisierung der Politik verantwortlich, wie sie an der Person Silvio Berlusconi deutlich werde. Der Neofaschismus werde nicht jene historischen Ausmaße annehmen wie der Faschismus vor 60 Jahren. In Italien sei er jedoch ein Phänomen des alltäglichen Lebens geworden - Ausgrenzung nach dem Motto: Wir und die anderen. Gerade dieses Thema führte zu regen Debatten auch über Parallelen zu Sachsen.

Verdrängung in Italien und Deutschland“ 60 Jahre nach Kriegsende. In Italien mehrten sich die Versuche - so Ambrosino - das faschistische Regime Mussolinis zu rehabilitieren, zumindest aber zu bagatellisieren. Seit Beginn der 90er Jahre hat der Neofaschismus nach 60 Jahren politischer Isolation wieder Konjunktur. Für diese Tendenz sei die schleichende und mittlerweile offensichtlich gewordene Entpolitisierung der Politik verantwortlich, wie sie an der Person Silvio Berlusconi deutlich werde. Der Neofaschismus werde nicht jene historischen Ausmaße annehmen wie der Faschismus vor 60 Jahren. In Italien sei er jedoch ein Phänomen des alltäglichen Lebens geworden - Ausgrenzung nach dem Motto: Wir und die anderen. Gerade dieses Thema führte zu regen Debatten auch über Parallelen zu Sachsen.

Wehner-Antiquariat

Attraktive Bücher und Broschüren im Angebot

Folgende Bücher bzw. Broschüren von und über Herbert Wehner können (solange der Vorrat reicht) beim Bildungswerk gegen einen Unkostenbeitrag bestellt werden.

- Herbert Wehner: Bundestagsreden (2 Bände mit Reden von 1949 bis 1977) zusammen EUR 5,-
- Herbert Wehner: Christentum und Demokratischer Sozialismus (1986) EUR 6,-
- Dialog mit Arbeitnehmern II. Rede von Herbert Wehner auf der Arbeitnehmerkonferenz März 1972 (Broschüre, 32 Seiten) EUR 2,-
- Zur Person: Herbert Wehner (Broschüre, 24 Seiten) EUR 3,-
- Menschen unserer Zeit. Herbert Wehner (Broschüre mit Foto, 24 Seiten) EUR 3,-
- Appel, Reinhard: gefragt: Herbert Wehner (Taschenbuch mit mehrstündigen Interview mit Herbert Wehner 1969) EUR 4,-
- Herbert Wehner: Selbstbesinnung und Selbstkritik. Erfahrungen und Gedanken eines Deutschen, hrsg. von August Hermann Leugers-Scherzberg, EUR 9,-
- Herbert Wehner: Wandel und Bewährung. Ausgewählte Reden und Schriften 1930-1967, hrsg. von H-Werner Graf Finckenstein und Gerhard Jahn, EUR 12,-
- Greta Wehner: Erfahrungen. Aus einem Leben mitten in der Politik, hrsg. von Christoph Meyer für die Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung, EUR 11,80
- „Herbert Wehner erzählt aus seinem Leben“. Tonaufnahme von Herbert Wehner von 1966, mit einem Vorwort von Franz Müntefering; (Vom Verkaufspreis gehen EUR 3,- an die „Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung“), EUR 17,-
- „Greta Wehner zum 80. Geburtstag“. Video zur Feierstunde im Ballsaal Orpheum am 31. Oktober 2004. (VHS, 90 min), EUR 9,50

Alle genannten Bände, CDs und Video zusammen im Paket für EUR 84,50!

Bestellung:

1. E-Mail, Brief oder Fax ans Bildungswerk schicken mit vollständiger Anschrift und Auflistung der gewünschten Titel.
2. Den Unkostenbeitrag zzgl. EUR 3,- Versandkostenanteil überweisen auf das Konto der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung, Kontonummer: 312 007 88 82, BLZ: 850 503 00 bei der Ostsächsischen Sparkasse Dresden unter Angabe des Verwendungszwecks „Unkosten Bücher“.
3. Nach Eingang der Bestellung und Eingang des korrekten Betrags werden Ihnen innerhalb von 3 Wochen die Bücher zugesandt.

Bitte beachten!

Ab sofort neue Kontonummern

Das Herbert-Wehner-Bildungswerk e.V., die Neue Gesellschaft Sachsen e.V., der Freundeskreis Herbert-Wehner-Bildungswerk sowie die Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung haben jeweils neue Kontonummern bei der Ostsächsischen Sparkasse Dresden, BLZ: 850 503 00.

Herbert-Wehner-Bildungswerk e.V.
Kontonummer:
312 010 41 74

Neue Gesellschaft Sachsen e.V.
Kontonummer:
312 005 10 20

Freundeskreis Herbert-Wehner-Bildungswerk
Kontonummer:
312 006 90 26

Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung
Kontonummer:
312 007 88 82



Freundeskreis

Die Feierstunde zum
80. Geburtstag
im Ballsaal Orpheum



Ein Buch, eine Feier und eine CD zum 80. Geburtstag

Franz Müntefering würdigte Greta Wehner

Am 31. Oktober 2004 feierte Greta Wehner im Kreis ihrer Freunde im Orpheum in der Dresdner Neustadt ihren 80. Geburtstag. Franz Müntefering stand an der Spitze der zahlreichen Gratulanten. Neben ihm kamen u.a. der Fraktionsvorsitzende der SPD im sächsischen Landtag und jetzige sächsische Wirtschaftsminister Thomas Jurk, der SPD-Generalsekretär Klaus Uwe Benneter, Bundestags- und Landtagsabgeordnete, Jürgen Schmude, ehemaliger Bundesminister für Justiz und Sprecher des Freundeskreises Herbert-Wehner-Bildungswerk. Greta Wehner hatte ihre Gäste darum gebeten, keine Geschenke zum 80. Geburtstag zu bekommen. Wer ihr eine Freude machen wollte, konnte dies mit einer Spende an die Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung tun. Auf diese Weise wurden nahezu EUR 4.500 gespendet. Wir bedanken uns herzlich bei allen Spendern.

Zur Feier des 80. Geburtstags von Greta Wehner gibt es einen Film. Dieser ist als VHS im Antiquariat des Herbert-Wehner-Bildungswerks erhältlich, ebenso wie die von Franz Müntefering überreichte CD: „Herbert Wehner erzählt aus seinem Leben“ und das Gretas Buch „Erfahrungen“. Aus einem Leben mitten in der Politik.



Nähere Informationen zu Greta Wehner finden Sie im Internet unter Greta Wehner www.wehnerwerk.de.

Erfahrungen mit den „Erfahrungen“

Michael Weber, langjähriges Freundeskreismitglied aus Zemmer (Rheinland-Pfalz) schreibt an Greta Wehner

„Wir hatten am 6. Januar einen so genannten Neujahrsempfang von unserem SPD-Ortsverein. Dort wurden die Bücher „Erfahrungen“ für die über 30jährige Mitgliedschaft vom Vorsitzenden verteilt. Hedi hat vorher zur Einleitung eine kurze Übersicht über den Lebensverlauf von Greta Wehner gegeben und einige Passagen aus dem Buch vorgelesen. Mit dieser Einleitung hatte Hedi die Teilnehmer neugierig gemacht. Das war auch so gewollt. Anschließend habe ich dann einige Sätze zu dem Sinn und Zweck der Stiftung, des Bildungswerks und des Freundeskreises gesagt. In der Vorbereitung dieser Veranstaltung hatten Hedi

Greta Wehner: Erfahrungen

**Aus einem Leben mitten in der Politik
Herausgegeben von Christoph Meyer für die
Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung**

„Ich würde viel mehr den Menschen erklären und ich würde auch nicht soviel in Kommissionen machen, sondern die Verantwortung würde ich als Politiker tragen.“ Solche einfachen Worte wählt Greta Wehner in ihrem Buch immer wieder, um ihr Verständnis von politischer Verantwortung, Demokratie oder Sozialpolitik zu verdeutlichen. Greta Wehner ist keine Politikerin und doch ist ihr Leben vom Politischen ganz durchdrungen.

In ihrem Buch „Erfahrungen. Aus einem Leben mitten in der Politik“ zieht sie Bilanz. Sie berichtet über Ereignisse, Gespräche, Begegnungen und Erinnerungen. Ihre Texte spannen den Bogen von der Kindheit in Hamburg zur Zeit des Nationalsozialismus über die Emigration nach Schweden bis heute, wo sie in Dresden lebt. Sie erzählt von ihrer Zeit

mit Herbert Wehner als seine Mitarbeiterin, Begleiterin und Ehefrau. Anschaulich beschreibt Greta Wehner auch die letzten Jahre an der Seite ihres demenzkranken Mannes. „Das Buch [...] erscheint wunderbar altmodisch in einer Zeit, da 'Bunte' und andere bunte Blätter von manchen als Zentralorgan der Republik ausgerufen werden. Es bietet keinen Raum für Selbstbespiegelungen, keinen Treibstoff fürs nationale Sensationskarussell.“ (SZ vom 11.11.04)



Bestellung des Buches: siehe Wehner-Antiquariat.

Verlag edition Sächsische Zeitung, fester Einband, 245 (+16) Seiten, teils farbiger Bildteil, EUR 11,80. Von Bestellungen, die direkt an die Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung gehen, fließen 30% vom Erlös an die Stiftung, die der politischen Bildung und der Wahrung des Erbes von Herbert Wehner dient.

und ich ein Bestellformular für weitere Bücher vorbereitet. Am Schluss dieses Neujahrsempfangs hatten wir 16 Buchbestellungen auf unserem Formular.“ Greta Wehner meint: „Dieses Beispiel darf ruhig nachgeahmt werden.“ Bestellformulare gibt's beim Bildungswerk oder unter www.wehnerwerk.de/gretaweher.

Neu im Antiquariat

Herbert Wehner erzählt aus seinem Leben – Bisher unveröffentlichte Tonaufnahme auf CD

„Es ist ein ‚gebrochenes‘ Leben, von dem er hier auf eine für mich sehr bewegende Weise erzählt. [...] Er war keineswegs nur der ernste, strenge und uner-



bittliche Mann, den man in ihm erkennen konnte. Als Politiker hat er sich selbst ungern titulierte, er war aber sein Leben lang ein ungewöhnlich leidenschaftlicher, politischer Mensch“, so Franz Müntefering im Vorwort zu der CD.

Die im Herbert-Wehner-Bildungswerk erhältliche CD ist eine digitalisierte, bisher unveröffentlichte Tonaufnahme von Herbert Wehner aus dem Jahre 1966, mit einem Vorwort von Franz Müntefering. Fotos und Texte können als PDF heruntergeladen werden. Vom Verkaufspreis gehen EUR 2,70 an die „Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung“. (EUR 17,-)

Video zum 80. Geburtstag von Greta Wehner

Die Feier zum 80. Geburtstag von Greta Wehner zum Anschauen und Anhören gibt es ab sofort im Antiquariat. Professionell geschnitten und zusammengestellt ist hier neben den Festansprachen von Franz Müntefering u.a. die Atmosphäre der Feier eingefangen. (VHS, 90 min, EUR 9,50)

Freundeskreis hat knapp 440 Mitglieder

Der Freundeskreis Herbert-Wehner-Bildungswerk hat weiterhin deutlich über 430 Mitglieder. Im Gegensatz zu anderen politischen Organisationen sinkt die Mitgliedschaft nicht, das Engagement nimmt sogar leicht zu! Daß dies nicht ohne Anstrengungen geht, ist klar. Dafür allen Mitgliedern herzlichen Dank!

Der Freundeskreis unterstützt das Bildungswerk bei seiner Arbeit. Dabei geht es insbesondere um die Beschaffung finanzieller Mittel, die längerfristig die Unterbringung des Bildungswerks in einem eigenen Gebäude ermöglichen sollen. Mit Bibliothek, Museum und Ausstellung, Büro- und Tagungsräumen. Die Mitgliedschaft kostet mindestens 64 EUR im Jahr, dafür gibt es Nachlässe von bis zu 50% auf Seminargebühren, die „Wehnerpost“ im Abo und selbstverständlich Spendenbescheinigungen für das Finanzamt.

Wer über den Mitgliedsbeitrag hinaus etwas spenden möchte, ist dazu herzlich eingeladen. Konto 312 010 41 74 bei der Ostsächsischen Sparkasse Dresden, BLZ 850 503 00. Das hier abgedruckte Beitrittsformular kann sowohl zum Beitritt als auch zum Aufrunden bzw. Erhöhen des Mitgliedsbeitrags verwendet werden. Hierzu sollte übrigens gerade bei denjenigen Anlaß bestehen, die als Studierende zu ermäßigten Konditionen beigetreten und mittlerweile berufstätig geworden sind.

8. Juli vormerken!

Auch in diesem Jahr trifft sich der Freundeskreis Herbert-Wehner-Bildungswerk zum Geburtstag von Herbert Wehner

Das Freundeskreistreffen ist diesmal für Freitag, den 8. Juli 2005 geplant. Und wie schon in den vorangegangenen Jahren findet am Abend das Grillfest im Garten des Herbert-Wehner-Bildungswerks statt. Hier treffen sich traditionell die Freunde von Herbert Wehner und des Bildungswerks aus allen Teilen des Landes.

An dem betreffenden Wochenende ist in Dresden wieder Museumsnacht. (Näheres ab Frühjahr im Internet unter www.dresden.de/museumsnacht). Wie im Vorjahr lohnt sich also ein Wochenendaufenthalt in Dresden. Eine Einladung mit genaueren Informationen erhalten die Freundeskreismitglieder rechtzeitig per Briefpost.

Freundeskreis Herbert-Wehner-Bildungswerk
Kamenzer Straße 12, 01099 Dresden
Fax-Nr. 0351-8040222



Beitrittserklärung

Name, Vorname

Straße/Postfach

Postleitzahl/Wohnort

Telefon/E-mail

Jahresbeitrag € (Mindestbeitrag € 64,-¹)

(in Worten €)

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich widerruflich den Freundeskreis Herbert-Wehner-Bildungswerk, den oben angegebenen Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Einzugsrhythmus jährlich halbjährlich vierteljährlich

Bankleitzahl

Geldinstitut

Kontonummer

Kontoinhaber (falls abweichend)

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstitutes keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort

Datum

Unterschrift

Die Mitgliederdaten werden unter Beachtung des Bundesdatenschutzgesetzes für die vereinsinterne Mitgliederverwaltung gespeichert.

¹ Sonderkonditionen für Geringverdienende - bitte Rücksprache mit dem Bildungswerk halten!

Angebote zur
Weiterbildung

Das aktuelle Seminar- programm

Auch für das Programm ab Frühjahr 2005 gilt Nachfrage erwünscht! Alle Seminare sind grundsätzlich für alle Interessierten zugänglich. Wer sich für eines oder mehrere der folgenden Themen interessiert, kann den unten abgedruckten Coupon ausschneiden, die Seminarnummer(n) eintragen und sich zu der Veranstaltung anmelden. Oder er oder sie bestellt sich erst einmal weitere Informationen zu Termin, Inhalten etc.

Kurzfristige Terminänderungen und weitere Seminare sind vorbehalten. Es empfiehlt sich, die Homepage des Bildungswerks im Internet zu besuchen:

www.wehnerwerk.de/seminare

Zu den Teilnahmebedingungen

Bitte melden Sie sich rechtzeitig an; die Anmeldungen werden in der Regel nach der Reihenfolge ihres Eingangs berücksichtigt und (bei mehrtägigen Veranstaltungen) nach Anmeldeschluß schriftlich bestätigt. Sollte ein Seminar bereits belegt sein, so teilen wir Ihnen dies mit und bieten, soweit möglich, Alternativen an. Die Teilnahmebeiträge sind zum Seminar mitzubringen und dort in bar zu bezahlen oder im Voraus zu überweisen. Die angegebenen Teilnahmegebühren reduzieren sich für Mitglieder des Freundeskreises Herbert-Wehner-Bildungswerk um die Hälfte (bei Teilnahmegebühren über EUR 50,- beträgt die Reduzierung grundsätzlich EUR 25,-). Bei Seminaren mit Übernachtung ist normalerweise eine Unterbringung in Zweibettzimmern vorgesehen. Wenn der Wunsch nach einem Einzelzimmer besteht, so ist dies bei der Anmeldung dem Herbert-Wehner-Bildungswerk mitzuteilen. Die Preisdifferenz wird durch den Teilnehmer/die Teilnehmerin getragen. Im Teilnahmebeitrag sind die Kosten für das Seminar, für Unterkunft und Verpflegung enthalten. Bei Rücktritt nach Anmeldeschluß wird die volle Teilnahmegebühr als Stornogebühr fällig, bei unentschuldigtem Fehlen stellen wir die dadurch entstandenen Kosten in Rechnung.

Die Seminare „Für Demokratie Courage zeigen“ sowie „Demokratie braucht Projekte“ finden in Kooperation mit dem Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. statt. Sie richten sich an junge Aktive aus Netzwerken gegen Rechtsextremismus. Netzwerk für Demokratie und Courage

Für Demokratie Courage zeigen

Deutsche und Tschechen – Was machen wir gemeinsam aus der Mitte Europas?

Thematisiert werden in diesem Seminar das politische und soziale System Tschechiens sowie die deutsch-tschechischen Beziehungen.

Termin

Seminar-Nr. 0530
Vom 06. bis 13. Februar 2005
In Mariánská Hora (Tschechien)
Die Teilnahmegebühr beträgt EUR 50,-
(für FK-Mitglieder EUR 25,-).

Demokratie braucht Projekte

Im Rahmen von Projekt P – Misch dich ein

„Projekt P - misch dich ein“ hat als Ziel, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen zu stärken, ihr Interesse an politischen Themen und Prozessen zu wecken und zu nutzen. Dazu müssen die bestehenden Beteiligungsformen erläutert sowie neue Möglichkeiten der Partizipation entwickelt werden. Bei diesem Seminar handelt es sich um eine kombinierte Methoden- und Prozesswerkstatt, die die Vermittlung von Methodenkompetenz mit der Vermittlung von Gestaltungskompetenz verbindet und gleichzeitig der Entwicklung bzw. dem Ausbau eines wachen und aktiven partizipatorischen Demokratieverständnisses dient. An Hand des Projektmanagements werden neue beteiligungsorientierte Formen der demokratischen Projektarbeit entwickelt.

Termin

Seminar-Nr. 0555
Vom 14. bis 19. Februar 2005
In Damm/Mecklenburg-Vorpommern
Die Teilnahmegebühr beträgt EUR 50,-
(für FK-Mitglieder EUR 25,-).

Für Demokratie Courage zeigen

Europa vor neuen Herausforderungen

Es geht um die Vermittlung von Informationen zum EU-Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder.

Termin

Seminar-Nr. 0533
Vom 25. bis 27. Februar 2005
In Ottersleben/Magdeburg
Die Teilnahmegebühr beträgt EUR 30,-
(für FK-Mitglieder EUR 15,-).

Für Demokratie Courage zeigen

Den TeilnehmerInnen des Seminars werden mit der Auseinandersetzung mit demokratischen Prozessen und Werten der Gesellschaft zugleich Methoden der Bildungsarbeit vermittelt. Dies geschieht an Hand des Konzeptes „Für Demokratie Courage zeigen“. Ziel ist es, neue Formen der Auseinandersetzung mit dem Thema Demokratie und Antirassismus zu vermitteln.

Termin

Seminar-Nr. 0532
Vom 29. März bis 3. April 2005
Der Ort steht zum Redaktionsschluss noch nicht fest.
Die Teilnahmegebühr beträgt EUR 50,-
(für FK-Mitglieder EUR 25,-).

Für Demokratie Courage zeigen

Ausländerpolitik und Zuwanderungsgesetz

In der praxisorientierten Ausbildung von Multiplikatoren für die demokratiefördernde antirassistische Bildungsarbeit werden Informationen zur Ausländerpolitik vermittelt und das neue Zuwanderungsgesetz mit seinen Entwicklungen vorgestellt.

Termin

Seminar-Nr. 0534
Vom 24. bis 26. Juni 2005
In Ottersleben/Magdeburg
Die Teilnahmegebühr beträgt EUR 30,-
(für FK-Mitglieder EUR 15,-).

Von der Wirtschafts- gemeinschaft zur Bürgergemeinschaft

Grundfreiheiten und Grundrechte in der EU

Europa ist eine Wertegemeinschaft. Die Bewahrung, das Bewusstmachen, die kritische Überprüfung und die Fortentwicklung dieser Werte sind das Ziel der Veranstaltung. Die Europäische Union beruht auf gemeinsamen Grundwerten, in denen die Freiheit des Einzelnen und die Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft ihren Ausdruck finden. Sie liegen in dem Bekenntnis zu Toleranz, Humanität und Brüderlichkeit. Um die Identifizierung mit der Unionsbürgergemeinschaft zu entwickeln, wird den Teilnehmern in diesem Seminar Wissen in den Bereichen Grundfreiheiten, Grundrechte, Europäische Grundrechte-Charta sowie der europäischen Verfassung vermittelt.

Termin

Seminar-Nr. 0513
Vom 25. bis 27. Februar 2005
In Königstein (Sächsische Schweiz)
Die Teilnahmegebühr beträgt EUR 30,-
(für FK-Mitglieder EUR 15,-).

Europäisches Wirtschaftsrecht

Die Erweiterung der Europäischen Union ist in wirtschaftlicher Hinsicht eine besondere Herausforderung für die alten und neuen Mitgliedsstaaten. In diesem Seminar wird explizit das Wirtschaftsrecht der Europäischen Union behandelt. Der erste Teil bietet einen Wissenstransfer zu allen Kernpunkten der wirtschaftlichen Betätigung. Der zweite Teil des Seminars beschäftigt sich mit Europäischer Förderpolitik, Fördermaßen und Förder Richtlinien. Hier wird explizit auf Förderprogramme hingewiesen und das Stellen von Förderanträgen in allen seinen Anforderungen und Facetten besprochen.

Termin

Seminar-Nr: 0515
Vom 11. bis 13. März 2005
In Königstein (Sächsische Schweiz)
Die Teilnahmegebühr beträgt EUR 30,-
(für FK-Mitglieder EUR 15,-).

Die Arbeit des Gemeinderates

In Zusammenarbeit mit der
SGK Sachsen e.V.

Termin

Seminar-Nr: 0510
Vom 1. bis 3. April 2005
In Reichenberg-Bienenmühle/Erzgebirge
Die Teilnahmegebühr beträgt EUR 88,-
(für FK- und SGK-Mitglieder EUR 63,-).

Karacho – In der Sache überzeugen



Rhetorikseminar

Kommunikation ist die Basis der Politik. In vielen Situationen kommt es darauf an, dass wir uns im entscheidenden Moment richtig ausdrücken, Sachverhalte strukturiert vortragen und Menschen von unseren Argumenten überzeugen. Das rhetorische Handwerkszeug soll den TeilnehmerInnen in diesem Seminar des Herbert-Wehner-Bildungswerks in vielen praktischen Übungen vermittelt werden. Im Mittelpunkt stehen vor allem die Fragen nach einem überzeugenden Auftritt in Redesituationen und nach der Kunst, Argumente auf den Punkt zu bringen. Außerdem werden Merkmale einer gelungenen Rede erarbeitet und rhetorische Kniffe präsentiert.

Termin

Seminar-Nr: 0526
Vom 1. bis 3. April 2005
In Appenhof (Rothschönberg)
Die Teilnahmegebühr beträgt EUR 80,-
(für FK-Mitglieder EUR 55,-).

Strategien gegen Rechts

Neue Überlegungen zum
Umgang mit dem steigenden
Rechtsextremismus

Termin

Seminar-Nr: 0541
Vom 15. bis 17. April 2005
Der Ort steht zum Redaktionsschluss noch nicht fest.
Die Teilnahmegebühr beträgt EUR 35,-
(für FK-Mitglieder EUR 17,50).

Kommunalakademie

In Zusammenarbeit mit der
SGK Sachsen e.V.

Termin

Seminar-Nr: 0546
Ort und Zeitpunkt des Seminars werden über die Internetseite
www.wehnerwerk.de bekannt gegeben.
Die Teilnahmegebühr beträgt EUR 30,-
(für FK- und SGK-Mitglieder EUR 15,-).

Partizipationsmöglichkeiten Jugendlicher

Termin

Seminar-Nr: 0542
Vom 8. bis 10. April 2005
Der Ort steht zum Redaktionsschluss noch nicht fest.
Die Teilnahmegebühr beträgt EUR 15,-.

Demokratie in unserer Gesellschaft leben

Demokratie ist nicht nur die Umschreibung für ein bestimmtes Staats- und Gesellschaftssystem, sondern Verhaltensform in allen Situationen des Alltags. Im Seminar setzen sich die TeilnehmerInnen konkret mit politischen und demokratischen Prozessen mit Hilfe des Betzavata-Trainings auseinander. Damit wird Demokratie und der Hintergrund demokratischer Prinzipien erfahrbar. Die Übungen ermöglichen den Teilnehmenden, Vor- und Nachteile eines demokratischen Systems nachzuempfinden.

Termin

Seminar-Nr: 0544
Vom 15. bis 17. April 2005
In Appenhof/Rothschönberg.
Die Teilnahmegebühr beträgt EUR 40,-
(für FK-Mitglieder EUR 20,-).

Gendermainstreaming in der Politik

Termin

Seminar-Nr: 0543
Vom 20. bis 22. Mai 2005
Der Ort steht zum Redaktionsschluss noch nicht fest.
Die Teilnahmegebühr beträgt EUR 26,-
(für FK-Mitglieder EUR 13,-).

Karacho – Erfolgreich Sitzungen und Versammlungen leiten

Rhetorikseminar

Wie schaffen wir es, die Sitzungszeit effizient zu nutzen und am Ende des Abends nicht schlecht gelaunt und ohne konkrete Ergebnisse nach Hause zu gehen? Dieses Seminar wendet sich im Besonderen an Personen, die in Vereinen oder Parteien aktiv sind. Das Seminar teilt sich in drei Blöcke: Zunächst geht es darum, den TeilnehmerInnen Methoden an die Hand zu geben, wie sie ihre Argumente auf den Punkt bringen können. Der zweite Teil des Seminars beschäftigt sich mit den Grundlagen der Gesprächsführung und der Frage, wie ein Gespräch für alle Teilnehmer befriedigend verlaufen kann. In einem weiteren Block beschäftigen sich die TeilnehmerInnen mit Aspekten der Versammlungs- und Sitzungsleitung. In vielen praktischen Übungen sollen die TeilnehmerInnen ihre persönlichen Fähigkeiten in diesem Bereich ausbauen.

Termin

Seminar-Nr: 0527
Vom 20. bis 22. Mai 2005
In Appenhof (Rothschönberg)
Die Teilnahmegebühr beträgt EUR 80,-
(für FK-Mitglieder EUR 55,-).

Werkstatt politische Bildung

Brainstorming, Mind Mapping oder Plan-spiele sind Methoden, um politische Projekte, Veranstaltungen oder Diskussionen zu entwickeln und zu verwirklichen. Für die Moderation solcher Arbeitsgruppen ist aber nicht nur wichtig, Impulse für die Ideenfindung zu setzen, sondern mit den Ergebnissen aus den Diskussionen weiterzuarbeiten. In der traditionellen Sommerschule des Herbert-Wehner-Bildungswerks geht es dieses Jahr um das Handwerkszeug der Moderation von politischen Themen sowie um die Absicherung der Ergebnisse aus Moderationen. Für die Teilnahme am Seminar sind grundlegende Erfahrungen in der Moderationsmethode und Präsentation von Vorteil, aber keine Bedingung. Wir bitten um eine Voranmeldung! Leitung: Petra Fleuth, Dipl. Päd., pädagogische Mitarbeiterin des Bildungswerks Stenden, freiberufliche Trainerin und Moderatorin



Termin

Seminar-Nr: 0507
Vom 8. bis 13. August 2005
In Königstein (Sächsische Schweiz)
Die Teilnahmegebühr beträgt EUR 100,-
(für FK-Mitglieder EUR 75,-).

Studienfahrten

Berlin 2005

Im Zentrum der Republik

Studienreise in Kooperation mit esden. Der Klassiker der Studienreisen des Herbert-Wehner-Bildungswerks sind die seit Jahren erfolgreichen Berlinfahrten. Auch 2005 giblgeltour Drt es wieder sechs Touren in die Hauptstadt.

Dieses dreitägige Seminar unternimmt einen Streifzug durch das Zentrum der Republik. An Hand von Gesprächen und Besichtigungen des Bundestages und anderer repräsentativer Objekte werden historische und politische Fragen der deutschen Hauptstadt illustriert.

Die wechselvollen Geschehnisse manifestieren sich im architektonischen Erbe dieser Stadt. Mit den Besichtigungen verschiedener Bauwerke (Führung durch den Deutschen Bundestag mit Blick von der Kuppel, Busfahrten und Besichtigungen, Potsdamer Platz, Kreuzberg, Hacke'sche Höfe, Bundesrat, Alexanderplatz – Brandenburger Tor – Siegessäule, und vieles mehr!) wird erfahrbar, dass und wie sich Berlin in den letzten Jahren verändert hat.

Termine:

Seminar-Nr. 0501
Vom 18. März bis 20. März 2005
Seminar-Nr. 0502
Vom 8. April bis 10. April 2005
Seminar-Nr. 0503
Vom 17. Juni bis 19. Juni 2005
Seminar-Nr. 0504
Vom 26. August bis 28. August 2005
Seminar-Nr. 0505
Vom 16. September bis 18. Sept. 2005
Seminar-Nr. 0506
Vom 23. September bis 25. Sept. 2005

Die Teilnahmegebühr (inkl. Programm, Busfahrt, Unterbringung und Halbpension) beträgt jeweils EUR 102,- (FK-Mitglieder EUR 77,-).



Wartburg in Eisenach

Zwischen Wartburg und Weimar

Exkursion durch Deutschlands Herz der Revolution

Dieses viertägige Seminar unternimmt einen Streifzug durch die Thüringer Städte Eisenach, Gotha, Erfurt und Weimar. An Hand von Führungen, Vorträgen und Diskussionen werden historische, politische und soziokulturelle Fragen illustriert. Der Spannungsbogen reicht dabei von der Reformation und deren politischen Folgen über die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts bis hin zum Umbruch in Ostdeutschland vor 15 Jahren.

Höhepunkte der Studienfahrt

- Politisch-historische Stadtführung durch Eisenach und Weimar
- Führungen und Besichtigungen der Wartburg, des Goldenen Löwen in Eisenach u.a.
- Besuch des Thüringer Landtages in Erfurt und Diskussion mit Abgeordneten
- Mittelalterliches Abendessen im Wirtshaus Christoffel

Vorträge und Referate u.a. zu

- Die Geschichte der Nationalbewegung zwischen Wartburg und Burschenschaftsdenkmal
- 1869: Die Eisenacher Parteigründung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht
- Das Gothaer Tivoli – Schauplatz des Vereinigungsparteitags von 1875
- Zwischen Klassik und Buchenwald, Thüringen und die Nazibewegung
- Abendführung mit Nachtwächter durch das Erfurt des Mittelalters

Termine:

Seminar-Nr. 0537
Vom 19. Mai bis 22. Mai 2005
Seminar-Nr. 0538
Vom 28. Juli bis 31. Juli 2005
Seminar-Nr. 0539
Vom 15. September bis 18. Sept. 2005
In Eisenach, Gotha, Erfurt und Weimar
Die Teilnahmegebühr beträgt (inkl. Programm, Busfahrt, Unterbringung und Halbpension) EUR 174,- (für FK-Mitglieder EUR 149,-).

SED – Tschüss!

Auf den Spuren der friedlichen Revolution in Leipzig

Eine Bildungsreise des Bildungswerks Stenden

Auf den Spuren der friedlichen Revolution in Leipzig beschäftigen wir uns mit Diktatur und Widerstand in der DDR, treffen Zeitzeugen und begegnen Leipziger Bürgerinnen und Bürgern, die das gesellschaftspolitische Leben in Leipzig engagiert mitgestalten. Wir erfahren etwas über die Träume und Hoffnungen, denen die Demonstranten mit ihren Forderungen im Herbst '89 Ausdruck verliehen und tauschen uns darüber aus, wie sie 16 Jahre nach der Wende die Entwicklungen beurteilen.

Leitung: Sonja Schweizer, M.A.,
Bildungswerk Stenden
Bitte anmelden bis zum 22. August 2005 beim
Bildungswerk Stenden
St. Huberter Str. 11
47647 Kerken-Stenden
Telefon: (02833) 180
Fax: (02833) 1850

Termin

Vom 8. bis 12. Oktober 2005
Die Teilnahmegebühr beträgt EUR 248,- (inkl. Übernachtung im Doppelzimmer/ Frühstück, Besichtigungen lt. Programm, Seminarprogramm, sachkundige Begleitung vor Ort, Reiserücktrittsversicherung).

Bitte ausschneiden, ausfüllen und senden oder faxen:

Ich melde mich verbindlich für folgende Seminare des Herbert Wehner-Bildungswerks an:

Seminar-Nr.:

05		05		05		05	
05		05		05		05	

Bitte senden Sie mir weitere Informationen zu folgenden Seminaren:

Seminar-Nr.:

05		05		05		05	
05		05		05		05	

COUPON

Absender:

Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

Fax/E-Mail

Datum

Unterschrift

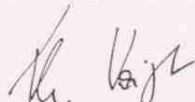
Mitgliederversammlung der SGK Sachsen

Die 10. Mitgliederversammlung der SGK Sachsen e.V. findet am Sonnabend, den **5. März 2005 im Volkshaus (Schützenplatz 14, 01067 Dresden)** statt. Beginn ist **10 Uhr**; das Ende der Veranstaltung ist für 15 Uhr geplant. Sitzungsgemäß wählt die Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand, Revisoren und Delegierte zur Bundesdelegiertenversammlung. Außerdem ist eine umfassende Satzungsänderung geplant. Der thematische Teil unserer Mitgliederversammlung widmet sich mit Vortrag und Diskussion allgemein dem Thema: **Wirtschaftsförderung**. Wir freuen uns den Sächs. Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit, den Landesvorsitzenden der SPD und das Gemeinderatsmitglied Weißkeißel, Thomas Jurk, begrüßen zu dürfen.

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch Dr. Thomas Voigt
2. Wahl des Präsidiums
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung
4. Beschlußfassung über die Geschäftsordnung
5. Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
6. Wahl der Antragskommission (bei Bedarf)
7. Grußworte
8. Thema
9. Berichte Bericht des Landesvorsitzenden der SGK-Sachsen, Dr. Thomas Voigt
Bericht des Schatzmeisters der SGK-Sachsen, Thomas Delling
Bericht der Revision, Günther Schumann
10. Aussprache zu den Berichten und Entlastung des Vorstandes
11. Antragsberatung (zwischen den Wahlgängen)
Satzungsänderung
andere Anträge (bei Bedarf)
12. Wahlen Wahl der/des Landesvorsitzenden
Wahl der/des 1. Stellvertreterin/Stellvertreters
Wahl der/des 2. Stellvertreterin/Stellvertreters
Wahl der/des Schatzmeisterin/Schatzmeisters
Wahl der/des Schriftführerin/Schriftführers
Wahl der Beisitzer (4)
Wahl der Revisoren (2)
Wahl der Delegierten (10) zur Bundesdelegiertenversammlung am 17./18. März 2006 in Hannover
Vorschlag eines Vorstandsmitgliedes bei der Bundes-SGK
13. Schlusswort der/des neu gewählten Landesvorsitzenden

Eine Pause ist gegen 12 Uhr (ca. 30 Min) geplant. Für einen Imbiss auf Selbstkostenbasis während der Veranstaltung ist gesorgt. **Antragsschluss ist am 25. Februar 2005.** Wir freuen uns, viele von euch zu sehen und sind sehr dankbar, wenn ihr eure Teilnahme bei der Geschäftsstelle der SGK bestätigen würdet.


Dr. Thomas Voigt
Vorsitzender


Claudia Blume
Geschäftsführerin

Soll ich beitreten? – eine Werbeaktion –

Nach der Kommunalwahl im letzten Jahr sind einige Fraktionen geschrumpft oder ehemalige Mandatsträger sind nicht mehr zur Wahl angetreten; es sind aber auch viele Neue gewählt worden. Die Erfahrung der Ehemaligen in der Kommunalpolitik und ihr Fachwissen möchten wir sehr gern für die SGK erhalten. Daher bitten wir die Ehemaligen als Einzelmitglied dem Verein beizutreten. Die neuen Mandatsträger bringen neue Ansichten, Ansätze, somit „neuen Wind“ in die Kommunalpolitik. Brauchen sie aber manchmal nicht auch den Austausch mit anderen, Hilfe oder einen Rechtsrat? Dies bietet die Mitgliedschaft in der SGK. Wir freuen uns, wenn neue Mandatsträger der SGK beitreten.

Termine

SGK-Vorstand

Der Vorstand trifft sich am 28. Februar 2005 um 18 Uhr in der Geschäftsstelle der SGK.

Bundes-SGK

Die Projektgruppe „Erneuerung des Sozialstaates“ trifft sich am 28. Januar 2005 um 11 Uhr in Berlin. Unser Vertreter ist Thomas Delling.

Die Kommission „Europa und Internationales“ trifft sich im 2. Quartal 2005 in Berlin. Unsere Vertreterin ist Claudia Blume.

Die Projektgruppe „Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung – Weiterentwicklung des kommunalen Finanzsystems“ trifft sich am 17. Februar 2005 um 12 Uhr in Berlin. Unser Vertreter ist Thomas Voigt.

Der Arbeitskreis „Große Städte“ trifft sich 14./15. April 2005 in Aachen. Die SGK Sachsen wird u. a. durch André Horvath vertreten.

Bildungsveranstaltungen

Seminare werden in Zusammenarbeit mit dem Herbert-Wehner-Bildungswerk angeboten. Informationen zu einzelnen Veranstaltungen können aus der Wehnerpost oder von www.wehnerwerk.de entnommen werden.

Ab diesem Jahr soll es wieder eine Sächsische Kommunalakademie geben. Diese dient der Unterstützung sächsischer Kommunalpolitiker. Ziel ist 1.) die Qualifizierung „junger“ KommunalpolitikerInnen und aller, die es werden wollen, 2.) der Erfahrungsaustausch mit „alten“ Hasen, 3.) die sachsenweite Netzwerkbildung zur besseren Abstimmung und Unterstützung der Kommunalpolitik. Interessenten melden sich bitte in der Geschäftsstelle der SGK.

Die Ausschreibungsunterlagen für die Sozialdemokratische Kommunalakademie Ost 2005 (Zusammenarbeit der Bundes-SGK und des Parteivorstandes) können bei der Geschäftsstelle angefordert werden.

Kontakt aufnehmen!
SGK Sachsen e.V., z.H. Claudia Blume
Kamenzer Straße 12, 01099 Dresden
Tel. (0351) 216 70 91, Fax (0351) 804 02 22
E-Mail: sgk@wehnerwerk.de
Internet: www.sgk-sachsen.de

Redaktion: Claudia Blume
Layout: www.atelier-stankowski.de
Druck: DruckHaus Dresden

Die sächsische Koalitionsvereinbarung – Faustpfand für mehr kommunale Selbstverwaltung

von Dr. Thomas Voigt, Beigeordneter Leipziger Land

Mit der Unterzeichnung der Koalitionsvereinbarung durch Georg Milbradt (CDU) und Thomas Jurk (SPD) am 08. November 2004 begann ein neues Zeitalter sächsischer Landespolitik, mit dem sich seitens der sächsischen Kommunen hochgesteckte Erwartungen auf Besserung der bisherigen rechtlichen und finanziellen Verhältnisse verbinden. Die vorliegende Koalitionsvereinbarung scheint über weite Strecken diesen Erwartungen zu entsprechen. Im Unterschied zu den meisten aktuell geltenden Koalitionsvereinbarungen in anderen Bundesländern trumpft das sächsische Dokument mit einem deutlichen Mehr an detaillierten und ergebnismessbaren Festlegungen auf, was angesichts der sehr unterschiedlichen Ausgangspositionen der Koalitionäre positiv überrascht. Noch besser: das neue Verständnis zu den Kommunen und deren Basisfunktion im Verwaltungsgefüge gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zieht sich wie ein roter Faden durch die wegweisende Vereinbarung. „Unsere Gemeinden, Städte und Landkreise sind der vornehmste Ort demokratischer Entscheidungen. Sie sind die wichtigsten Ansprechpartner für die Bürger und zugleich Grundlage für bürgerschaftliches Engagement“ (S.68). Ganz neu klingt auch das Bekenntnis, dass die öffentlichen Aufgaben von Freistaat und Kommunen gleichwertig sind (S. 78). Diese Bekenntnisse setzen einen verpflichtenden Maßstab für die künftige Umsetzung der sächsischen Landespo-

litik durch die neue Landesregierung. Diese Grundsatzaussagen werden bereits in der Koalitionsvereinbarung durch vielfältige Festlegungen mit Leben erfüllt. Aufgrund der Fülle kann jedoch nur schwerpunktmäßig auf kommunal bedeutsame Positionen eingegangen werden:

■ Konkret befasst man sich mit der Verbesserung der Beteiligungsrechte der Bürger. So erging ein Prüfauftrag zur Herstellung der Chancengleichheit zwischen antragstellenden Bürgern und der Verwaltung bei Bürgerbegehren.

■ Die bisher umstrittene Rechtsstellung der Fraktionen in den kommunalen Vertretungskörperschaften soll gesetzlich geregelt werden (siehe Anmerkung auf dieser Seite). Hierzu gehört auch die Sicherung der finanziellen Grundlagen für die ehrenamtliche Arbeit der kommunalen Mandatsträger.

■ Zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung vereinbaren die Koalitionspartner die weitgehende Umwandlung bisheriger Weisungsaufgaben in weisungsfreie Pflichtaufgaben, womit das staatliche Weisungsrecht künftig auf das Notwendigste beschränkt werden soll (S.68).

■ Mit Terminsetzung zum 30. Juni 2005 vereinbaren die Koalitionspartner Variantenuntersuchungen für eine Funktional- und Verwaltungsreform, die eine weitere Kommunalisierung staatlicher Aufgaben beinhaltet. Dabei muss man sich bewusst sein, dass mindestens diese Aufgabenstellung unweigerlich eine

erneute Diskussion um leistungsfähige Gebietsgrößen von Kommunen nach sich zieht. Aber auch die ausdrückliche Betonung des Leitbildes einer schlanken und effizienten Verwaltung mit Verweis auf die demographische Entwicklung führt in die gleiche Zielrichtung (S.79). Einen erfreulich großen Raum nehmen Vereinbarungen ein, die eine wesentliche Stützung der finanziellen Rahmenbedingungen für die Kommunen darstellen können.

Der Finanzausgleich soll einer grundsätzlichen Überprüfung unterzogen werden. Mit der Verlängerung des Kulturraumgesetzes bis 2011 sowie der Erhöhung der Kulturraumfinanzierung um 10 Mio. • jährlich verbessert sich die Basis für die kommunale Kulturarbeit.

Mit den neuen Überlegungen zur Neugestaltung der Bildungspolitik, insbesondere der vorschulischen Bildung, setzt die Koalition einen wichtigen Schwerpunkt in der Familien- und Bildungspolitik. Auf dem anstehenden Weg der Umsetzung dürfen die Kommunen als Aufgaben- und Kostenträger nicht allein gelassen werden.

Mit der Erhöhung des Landeszuschusses für die Kita-Betreuung sowie der investiven Fördermittel für Schulen und Kindertagesstätten um jeweils 15 Mio. • jährlich sind hoffnungsvolle Ansätze in die Koalitionsvereinbarung aufgenommen. Ein besonderes Augenmerk widmen die Koalitionspartner der Investitionstätigkeit der Kommunen, die durch die desaströse Haushaltslage sowie die Beschränkung der investiven Schlüsselzuweisungen im Finanzausgleich erheblich beeinträchtigt wird. Aus diesem Grund wird 2005 eine einmalige Investitionspauschale von 50 Mio. • aus dem Staatshaushalt bereitgestellt. Förderquoten sollen hinsichtlich ihrer Steuerungswirkungen überprüft werden. Für Gebiete mit hohem Entwicklungsbedarf stellt der Freistaat ein Förderprogramm „Regionales Wachstum“ in Höhe von 10 Mio. • zur Verfügung.

Wenn gleich einige inhaltliche Themen aus dem breiten Politikspektrum ausgespart blieben bzw. nur grob angerissen wurden, stellt diese Koalitionsvereinbarung für die kommunale Ebene eine deutliche Neuorientierung im Verständnis zwischen Freistaat und Kommunen dar. Jetzt kommt es darauf an, dass die handelnden Akteure den Geist und die Festlegungen dieses Papiers wirksam umsetzen. Auf die kritische Begleitung und Unterstützung der kommunalen Mandatsträger und Verwaltungen kann die neue Regierung rechnen.



Unterzeichnung der Koalitionsvereinbarung: St. Mitglieder Thomas Jurk und Wolfgang Tiefensee

Fraktionen im Kommunalparlament

Gesetzentwurf zur Änderung der Sächsischen Gemeindeordnung und der Sächsischen Landkreisordnung¹, Anmerkung von Claudia Blume, Geschäftsführerin der SGK Sachsen

Die Berichte des Landesrechnungshofes zu den Fraktionsfinanzierungen im Freistaat Sachsen sorgten in den letzten Monaten für Unruhe bei vielen Kommunalvertretern. Nach den im Freistaat gültigen Gemeinde- und Landkreisordnungen existieren bislang keine Fraktionen. So monierte der Landesrechnungshof und das Sächsische Innenministerium, dass nicht existente Gebilde Geld aus kommunalen Haushalten erhalten. Der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen greift die Argumentation an diesem Punkt auf und sieht eine Regelung der Fraktion in der Gemeinde- und Landkreisordnung vor²:

„Nach § 35 wird folgender § 35a eingefügt:

§ 35a Fraktionen

- (1) Gemeinderäte können sich zu Fraktionen zusammenschließen. Das Nähere über die Bildung, die Stärke der Fraktionen, ihre Rechte und Pflichten innerhalb des Gemeinderates regelt die Gemeinde durch Hauptsatzung.
- (2) Die Fraktionen wirken bei der Willensbildung und Entscheidungsfindung des Gemeinderates mit; sie dürfen ihre Auffassungen öffentlich darstellen.
- (3) Die Gemeinde kann Fraktionen Mittel aus ihrem Haushalt für die sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung gewähren. Diese Mittel sind in einer besonderen Anlage zum Haushaltsplan darzustellen. Über ihre Verwendung ist ein Nachweis in einfacher Form zu führen.“

Ob sich durch diese Regelung der weitere „Wirbel“ um die zulässigen Ausgaben von Fraktionen für ihre Tätigkeit legt, bleibt abzuwarten. Die angedachten Regelungen sind ein erster Schritt in die Richtung Festigung der Fraktionsarbeit.

¹ Gesetzentwurf der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion, Drucksache 4/0109 vom 3.11.2004

² In der Sächsischen Landkreisordnung ist eine inhaltsgleiche Regelung im § 31a (nach § 31 SächsLKO) angedacht.

Zugangskriterien bei Kitas und Horten

Die Regierungsbeteiligung der sächsischen SPD zwischen Wunsch und Wirklichkeit, von André Horváth, Geschäftsführer der SPD-Stadtratsfraktion Chemnitz

„Wir werden per Gesetz sicherstellen, dass jedes Kind einen Platz in der Kita oder im Hort (bis zum Ende der Grundschule) erhält. Zugangskriterien werden wir abschaffen.“ Diese Aussage des Landtagswahlprogramms der sächsischen SPD sorgte bereits im Vorfeld der Wahl für teilweise heftige Kontroversen zwischen SPD-Kommunalpolitikern und Vertretern der Landtagsfraktion. Auf der einen Seite stand unser aller – sozialdemokratischer – Anspruch Kindern ohne Ansehen der persönlichen Verhältnisse die gleichen Bildungschancen und Betreuungsmöglichkeiten zu gewähren. Andererseits sahen sich vor allem die kommunalen Vertreter mit der zunehmend schlechter werdenden Finanzlage der Kommunen konfrontiert. Eine klare Sprache hätte hier Missverständnisse sicher von vornherein ausräumen können. Das Ziel, Zugangskriterien zu verhindern, war und ist dabei richtig. Die Betreuung und Bildung von Kindern sollte weder vom Geldbeutel der Eltern noch von anderen persönlichen Voraussetzungen abhängig gemacht werden. Sie muss und kann sich letztlich nur am Bedarf orientieren.

Mittlerweile sehen viele Kommunalpolitiker diesen Begriff aber sehr differenziert. Reicht es aus, dass Kinder weniger als neun Stunden in der Kita verbringen, wenn die Eltern die Betreuung (nicht unbedingt die Bildung) auch daheim übernehmen können? Oder ist es ungerecht, wenn eben diese Kinder am Nachmittag aus der gemeinsamen Beschäftigung mit Altersgenossen gerissen werden, womöglich noch mit der Begründung, die Eltern seien ja arbeitslos? Bei dieser Diskussion geht es aber gerade nicht um die Frage, ob Kinder die Angebote der Kitas und Horten überhaupt nutzen dürfen, sondern lediglich darum, in welchem Umfang diese Angebote durch die Kommunen bereitgestellt werden. Insofern sorgt die Formulierung im Landtagswahlprogramm für berechtigte Missverständnisse, sie suggeriert die Notwendigkeit etwas abzuschaffen, das es eigentlich nicht gibt. Spätestens an diesem Punkt der Diskussion scheiden sich (auch die sozialdemokratischen) Geister. Die Einen fordern die möglichst kostenlose Rundumbetreuung für alle Kinder, die Anderen wollen die Angebote auf das reduzie-

ren, was nach ihrer Meinung unbedingt nötig ist. Natürlich spielt dabei der finanzielle Aspekt eine wichtige Rolle. Die ostdeutschen Kommunen geben einen erheblichen Teil ihrer Mittel für Kita- und Hortangebote aus. Gegenüber den westdeutschen Städten und Gemeinden verfügen sie über eine Angebotsdichte, welche trotz aller Bemühungen in naher Zukunft weder in Hamburg noch in München zu erreichen sein wird. Dies ist einer der viel beschworenen „Standortvorteile“ der neuen Länder. Nur, dieser Vorteil kostet eben auch Geld – das für andere Aufgaben fehlt.

Unter dem Gesichtspunkt der besten Bildungschancen war es nur konsequent, die eingangs erwähnte Forderung zu stellen. Schließlich sollen alle Kinder in Sachsen eben diese Chancen erhalten. Ob diese Forderung aber auch realistisch war, wird sich zeigen. Ich halte dieses Ziel für erreichbar, sofern unter dem Begriff „Zugangskriterien“ nur solche betrachtet werden, die diese Zuordnung auch verdienen.

Inzwischen wurden die Betreuungszeiten in 15 sächsischen Städten und Landkreisen eingeschränkt, mit teilweise unterschiedlichen Regelungen. In Chemnitz werden Kinder, von denen mindestens ein Elternteil erwerbslos ist und sich nicht in Ausbildung oder im Studium befindet oder nur geringfügig beschäftigt ist, nur noch sechs Stunden in Kitas bzw. vier Stunden in Horten betreut¹. Diese Regelung war anfangs heftig umstritten und wurde nicht nur von Eltern- und Gewerkschaftsvertretern, sondern vor allem auch von der PDS scharf kritisiert. Dabei reichten die Argumente von der vermeintlichen Diskriminierung von Kindern arbeitsloser Eltern, über die verringerten Bildungschancen bis hin zu der Behauptung, den Eltern bliebe nicht mehr genügend Zeit für die Arbeitssuche, wenn die Kinder nicht wie bisher neun bzw. sechs Stunden betreut werden würden. Immer

wieder war in diesem Zusammenhang von „Zugangskriterien“ die Rede. Dieser Begriff sollte jedoch mit Vorsicht verwendet werden. Dass die PDS, vor allem im Vorfeld der Kommunalwahl, diesen Begriff missbrauchte, wird die wenigsten verwundern. War dies doch ein geeignetes Mittel, die vermeintliche Herzlosigkeit und soziale Kälte der SPD unter dem Wahlvolk bekanntzumachen. Als logische Konsequenz musste nach der Wahl natürlich der PDS-Antrag zur Aufhebung der Einschränkungen folgen. Dass die Umsetzung des Antrages Mehrkosten in Millionenhöhe verursacht hätte, wurde in Kauf genommen. Nichts gesagt wurde allerdings darüber, aus welchem wundersamen Füllhorn diese Mittel kommen oder an welcher Stelle

gekürzt werden soll. Lediglich für die letzten Wochen des alten Jahres wurde die Verwendung von Geldern der Jugendsozialarbeit vorgeschlagen. Der Antrag wurde mangels zulässiger Deckungsquelle nicht abgestimmt, was für die Chemnitzer PDS aber erst einmal nebensächlich war. Zumindest der Versuch das Wahlversprechen einzuhalten, wurde öffentlich dokumentiert.

Nun wird sich der mancher Leser aber fragen: Was hat das alles mit der Regierungsbeteiligung der sächsischen Sozialdemokraten zu tun? Die Antwort lautet: Jede Menge. Eben jene Vertreter der Landtagsfraktion, welche vor der Wahl noch kräftig für das Verbot von Zugangskriterien gestritten haben, finden sich plötzlich in der Verantwortung der Regierungsbeteiligung wieder.

am
Bedarf
orientieren

Und langsam wächst die Erkenntnis, dass nicht alles zu finanzieren ist, was wünschenswert wäre. So wird ein gesetzliches Verbot von Zugangskriterien wohl noch

eine Weile auf sich warten lassen, müsste der Freistaat doch die Mehrkosten der Kommunen tragen.

Aber auch hier bedarf es einer klaren Sprache. Die Chemnitzer SPD hat in ihrem Kommunalwahlprogramm zum Thema Jugend und Familie ebenfalls deutlich Stellung bezogen: „Eine weitere Reduzierung der Betreuungszeiten kommt für uns nicht in Frage!“. Die Chemnitzer Sozialdemokraten haben bewusst darauf verzichtet, von Zugangskriterien zu sprechen, eben weil es solche Kriterien in Chemnitz nicht gibt und mit uns nicht geben wird. Insofern wäre es sicher nützlich, die Tatsachen beim richtigen Namen zu nennen – auch wenn dies nicht immer leicht fällt. Ich persönlich wüsste schon gern, ob sich unsere Landtagsabgeordneten für einheitliche Bildungs- und Betreuungszeiten in allen sächsischen Kitas und Horten, welche sicher wünschenswert, aber eben nur schwer zu finanzieren sein dürften, einsetzen. Wenn dem so ist, wäre es an der Zeit, gemeinsam mit den kommunalen Vertretern nach Lösungen zu suchen, ohne die (finanzielle) Realität aus den Augen zu verlieren.

Zu guter Letzt noch eine Bemerkung: Dass die Beteiligung der sächsischen Sozialdemokraten auch zur Umsetzung realistischer Ziele führen kann, zeigt die Erhöhung der Kita-Pauschale. Diese ist mit Blick auf die finanzielle Lage der sächsischen Kommunen dringend notwendig. Dass die „sozialdemokratische Handschrift“ auch an anderen Stellen des Koalitionsvertrages deutlich sichtbar wird, dafür wurde während der Verhandlungen mit großem Erfolg gestritten. Dies ist ohne Zweifel auch ein Verdienst derjenigen Beteiligten, welche sich im oftmals harten Geschäft der Kommunalpolitik bewährt haben.

Betreuung
und Bildung
von Kindern

Hoyerswerdaer Erfahrungen mit Hartz IV

Kreisfreie Stadt bildet ARGE von Thomas Delling, Bürgermeister für Schulen, Kultur, Soziales und Gesundheit, Stadt Hoyerswerda

Die Stadt Hoyerswerda hatte sich als durch das BMWa benannte Pilot-ARGE schon langfristig auf die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft eingestellt. Nach der Kommunalwahl im Juni änderten sich aber die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat und so auch die Stimmung zur Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit: Die CDU/FDP-Fraktion und die neue Fraktion der freien Wähler favorisierten das Optionsmodell. Die Abstimmung dazu Anfang September im Stadtrat ging dann auch hauchdünn aus: 16 zu 15 für die Gründung der ARGE. Diese knappe Abstimmung, die sehr emotionale und kontroverse Diskussion – die natürlich auch im Vorfeld schon über die Presse ausgetragen wurde – und die großen Vorbehalte gegen ein Zusammenwirken mit der Arbeitsagentur kosteten alle Beteiligten viele Nerven, hatten aber auch einen wichtigen Vorteil: Die bei der Stadtratssitzung anwesenden Vertreter der Agentur wollten die in ihre Richtung geäußerten Vorwürfe entkräften und von Anfang an Kooperationsbereitschaft demonstrieren. So machten sie den Vorschlag, den Geschäftsführer der ARGE durch die Stadt zu besetzen.

Zur Vorbereitung der Gründung bildeten wir sechs Arbeitsgruppen, die sich jeweils aus Vertretern der Agentur, der Stadtverwaltung und des Stadtrates zusammensetzten. Eine vierköpfige Lenkungsgruppe (Agenturleiter und -vertreter, Sozialbürgermeister, Sozialamtsleiterin) koordinierte die Arbeitsgruppen.

Die schwierigsten Themen waren dabei die Vertragsgestaltung und die Personalausstattung für die ARGE. Man hatte sich grundsätzlich auf einen öffentlich-rechtlichen Vertrag geeinigt, die einzelnen Paragraphen und Formulierungen waren aber hart umkämpft. Besonders erschwerend fiel dabei ins Gewicht, dass sich seitens der Agentur ständig die Bundes- und Landesebenen in die Verhandlungen einmischten und so bereits in der Arbeitsgruppe erzielte Übereinstimmungen wieder in Frage gestellt wurden. Ähnlich ging es bei der Frage der Personalbesetzung zu. Da gab es auf einmal eine Vorgabe für die Stellenbesetzung seitens der Bundesagentur, da konnte die Regionaldirektion die geplante Zahl der städtischen Mitarbeiter nicht akzeptieren, usw. Letztendlich hat sich aber doch der Kooperationswille der örtlichen Akteure durchgesetzt: Nach der in Anbetracht der schwierigen Voraussetzungen relativ kurzen Verhandlungszeit von 9 Wochen waren der Vertrag und alle damit verbundenen Fragen in trockenen Tüchern. Der Stadtrat stimmte Mitte November einstimmig (!) dem ARGE-Vertrag und der örtlichen Verordnung zur Übernahme der Unterkunftskosten zu. Auch die vorher skeptischen Stadträte konnten mit den ausgehandelten Regelungen leben, da eine ausreichende Einflussnahme der Stadt Hoyerswerda auf die ARGE vertraglich geregelt ist. Neben der Besetzung der Geschäftsführung durch die bisherige Sozialamtsleiterin sind alle Fraktionen

durch ihre Vorsitzenden im Aufsichtsgremium der ARGE – der Trägerversammlung – vertreten. Die Stadtverwaltung stellt 23 der 59 ARGE-Mitarbeiter, wobei besonderer Wert auf den Einsatz junger Verwaltungskräfte gelegt wurde. Der Sitz der ARGE ist im Gebäude der Arbeitsagentur, da sich so Synergieeffekte am besten realisieren lassen.

Der erste Schritt ist getan, die schwierigen Aufgaben der Umsetzung der Hartz IV-Gesetze liegen aber noch vor uns. Trotz aller Schwierigkeiten mit der Software haben alle ca. 4300 Alg2-Empfänger, die rechtzeitig ihren Antrag abgegeben haben, auch Anfang Januar ihr Arbeitslosengeld erhalten. Wir gehen nicht davon aus, dass die Neuregelungen Anlass zu massiven Umzügen in der Stadt Hoyerswerda sind. Unsere örtliche Verordnung zur Übernahme der Unterkunftskosten sieht dafür ausdrücklich sozialverträgliche Normen vor.

Kaum verbessern wird sich durch die Hartz IV-Gesetze die Situation am ersten Arbeitsmarkt. Hoyerswerda mit 23% offizieller Arbeitslosenquote ist hier ohnehin ein besonders schwieriges Gebiet. Wir werden also den Schwerpunkt auf alle möglichen Eingliederungsmaßnahmen inkl. der Mehraufwandsbeschäftigung („ein-Euro-Jobs“) setzen müssen. Dafür stehen uns in der ARGE für 2005 insgesamt 11,1 Mio. € zur Verfügung. Der effektive und zielgenaue Einsatz dieser Mittel wird der entscheidende Gradmesser für die Arbeit der ARGE sein. Dabei stehen wir in unmittelbarer „Konkurrenz“ zu unseren benachbarten Landkreisen Kamenz und Bautzen, die beide das Optionsmodell gewählt haben. Außerdem können und dürfen die mit den o.a. Mitteln finanzierten Maßnahmen nicht zu einer Verdrängung von bestehenden Unternehmen und Arbeitsplätzen führen. Wir werden deshalb in der ARGE einen Beirat mit Vertretern der IHK, der Handwerkskammer und der örtlichen Gewerbeverbände installieren.

Die finanziellen Auswirkungen der Hartz IV-Gesetze auf unseren Kommunalhaushalt sind derzeit schwer abzuschätzen. Dank der guten Verhandlungen unserer Delegation in den Koalitionsgesprächen ist zumindest sichergestellt, dass die Bundesmittel und die Landeseinsparungen an die Kommunen durchgereicht werden. Trotzdem gehen wir eher von Belastungen als von Einsparungen aus. Sicher ist, dass wir für die Auszahlung der Kosten der Unterkunft in Vorleistung gehen müssen. Da wir dies nur über Kassenkredite finanzieren können, entstehen uns dadurch auf jeden Fall zusätzliche Kreditzinsen. Was die Hartz IV-Gesetze tatsächlich bewirken, wird die praktische Anwendung 2005 zeigen. Allerdings ist jetzt schon klar, dass eine Nachbesserung in Hinsicht auf die kommunalen Auswirkungen unbedingt notwendig ist.

☐ Ich möchte Mitglied in der SGK Sachsen werden.

Mitglied werden:

Name

Straße

PLZ/Wohnort

Telefon Email

Kommunalpolitische Funktion/Tätigkeit

Ich bin damit einverstanden, dass die SGK Sachsen die Mitgliedsbeiträge in Höhe

von Euro/Monat ☐ halbjährlich ☐ jährlich von meinem Konto abbucht.

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Unterschrift

Monatliche Mindestbeitragsätze (enthalten sind die Beitragsanteile der Bundes-SGK)	
Sachkundige Bürger, Ortschaftsräte, Ortsbeiräte, Gemeindevertreter in Gemeind. bis 20.000 Einw.	1,50
Gemeindevertreter in Gemeinden bis 50.000 Einw.	2,00
Gemeindevertreter in Gemeinden bis 150.000 Einw.	2,50
Bedienstete bis B 2	3,00
Gemeindevertreter in Gemeinden über 150.000 Einw.	4,00
Bedienstete über B 2, MdL, MdB, MdE	5,00